

Mit diesem Newsletter möchten wir aktuelle Informationen rund um das Thema Wirtschaftsdemokratie weitergeben. Er greift einzelne Themen auf und bietet die Möglichkeit, stärker über historische, regionale und internationale Beispiele aktuell zu berichten. Der nicht regelmäßig erscheinende Newsletter ist eine Ergänzung zu den bereits herausgegebenen Publikationen zum Thema.

„Mit den Fonds kommen wir an die Macht!“ Der schwedische Meidner Plan von 1976 und linke Wirtschaftspolitik heute

Kaputt in Hollywood

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“, schrieb der Dichter Heinrich Heine in Agonie. Heute ist es umgekehrt. Wer als progressiv gesinnter Zeitgenosse saarländische Wirtschaftspolitik betrachtet, schläft vor Langeweile sofort ein.

So erklärt die neue Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger in einem Interview der Saarbrücker Zeitung Mitte Januar 2014: „Der Mittelstand ist eine besonders starke Säule der Saar-Wirtschaft. Wir wollen ihn mit einem Mittelstands-Förderungsgesetz stärken, das wir als eines der ersten Projekte auf den Weg bringen“ (1).

Als die SPD-Ministerin 1976 geboren wurde, hatte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik deutlich mehr Biss. Just in jenem Jahr verabschiedete der schwedische Gewerkschaftsdachverband LO einen Plan kollektiver Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Er wurde von Rudolf Meidner entwickelt, daher sein Name „Meidner-Plan“, und war in ähnlicher Form im DGB und der SPD der frühen 1970er Jahre diskutiert worden.

Meidner war Jude, Sozialist, und gewerkschaftsnaher Wirtschaftswissenschaftler. Geboren in Breslau floh er 1933 aus Nazi-Deutschland; 1943 wurde er schwedischer Staatsbürger. In der dortigen Gewerkschaftspresse wurde der radikale Plan nach seiner Verabschiedung gefeiert: „Mit den Fonds kommen wir an die Macht“ war eine der Schlagzeilen (2).

Vor dem Hintergrund der Geschichte gewerkschaftsorientierter, linker Wirtschaftspolitik und -debatte in Europa erinnern die Plattitüden der heutigen saarländischen Wirtschaftsministerin an Charles Bukowski's Kurzgeschichten „Kaputt in Hollywood“ – eine Mischung aus Komik, Absurdität und Entfremdung.

Der deutsche und der schwedische Weg

Der Soziologe Stefan Sjöberg, Dozent an der Universität Stockholm, sieht zwei Wege, auf denen die Arbeiterbewegung zu mehr Wirtschaftsdemokratie gelangen wollte. Die Mitbestimmungslinie und die Eigentumslinie. „Die Mitbestimmungslinie war dominant in der Sozialdemokratie; sie entspricht dem klassischen Reformismus, der die Funktionen und Rechte, die aus dem Kapitaleigentum hervorgehen, einschränken will, ohne die grundlegende kapitalistischen Eigentumsverhältnisse selbst zu verändern.“ Dagegen argumentiert die Linke und die sozialistische Arbeiterbewegung: „wenn man wirklich Wirtschaftsdemokratie – mit demokratischer Steuerung der Wirtschaft, realer Macht und realem Einfluss der Arbeiter sowie gleichmäßiger Verteilung der produzierten Erlöse – erreichen will, dann wird das nicht möglich sein, ohne den geheiligten Kern des Kapitalismus zu ändern, nämlich: das Privateigentum an Produktionsmitteln und Kapital“ (3).

In der deutschen Politik wurde über Vermögensbildung und Beschäftigtenbeteiligung in den 1960er Jahren („Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“) und zuletzt 2007 (Kurt Beck's „Deutschlandfonds“) diskutiert. Am klarsten aber wurde die Eigentumslinie vom DGB und der SPD Anfang der 1970er Jahre propagiert. Die Jusos sprachen sich 1970 im Kampf gegen ungerechte Vermögensverteilung in der Gesellschaft für die überbetriebliche Gewinnbeteiligung aus. Gefordert wurde ein kollektives Fondssystem ohne individuelle Zertifikate (4). Der Berliner DGB-Kongress 1972 und der ordentliche Parteitag der SPD in Hannover 1973 fassten Beschlüsse zugunsten kollektiver Fondssysteme zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Doch es gab Widerstand. Die IG Metall favorisierte Mitbestimmung statt kollektive Vermögensbildung, der rechte SPD-Flügel war skeptisch

gegenüber Fonds als Instrument der Wirtschaftsdemokratie und eine Koalition mit der FDP stand an. Die Diskussion verstummte mit dem Ende der Brandt-Ära um 1974. „Oder man kann vielleicht sagen, dass die Sache nach Schweden emigrierte“ (5).

Die sozialdemokratische Partei SAP war von 1932 bis 1976 ununterbrochen an der Regierung und damit Jahrzehnte lang vorherrschende staatstragende Partei in Schweden. Die Partei war stark wegen ihrer engen Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsdachverband LO; fast 100 Jahre bestand ein Kollektivanschlussmodell, welches den Gewerkschaften die Anbindung an die Partei nahe legte. „Die schwedische Gewerkschaftsbewegung wiederum war verhältnismäßig einheitlich, verfügte über einen hohen Organisationsgrad und über einen direkten Zugang zur Politik...“ (6). Typisch für die Nachkriegszeit war, „dass zentrale politische Programme gemeinsam von der SAP und der LO formuliert und häufig sowohl vom Parteivorstand der Sozialdemokraten als auch vom Vorstand der LO angenommen wurden“ (7).

Eines dieser Programme war das Rehn-Meidner Modell von 1951. Die beiden Wirtschaftsfachleute der Gewerkschaften waren Ideengeber einer SAP Arbeitsmarktpolitik, welche Vorkehrungen zur Vollbeschäftigung mit einer „solidarischen Lohnpolitik“ - gleicher Lohn für gleiche Arbeit - verband. Das bedeutete, dass geringproduktive Unternehmen Anreize zu mehr Effizienz zu Teil wurden, notfalls sogar „aufgeben mussten, produktive Unternehmen aber gleichzeitig die Möglichkeit erhielten, zu expandieren, da sie weniger hohe Löhne zahlen mussten als sie eigentlich konnten, also nicht das gesamte „Lohnkontingent“ ausgeschöpft wurde“ (8). „In hochprofitablen Branchen bedeutete dies, dass die Kapitaleigner noch höhere Profitraten erzielten, „Extraprofite“ genannt. Sichtbar wurde, dass im sozialdemokratischen „Volksheim“ zwar der Lebensstandard der Arbeiterklasse rasch gestiegen, zugleich aber die Konzentration von Kapital, Besitz und Macht bei den großen Kapitaleignern im Anstieg war“ (9). Diese Entwicklung führte schließlich zu Forderungen nach Arbeitnehmerfonds.

Der Meidner Plan

Der Gewerkschaftsdachverband LO richtete eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Rudolf Meidner ein. Sie schlug eine Form der Gewinnbeteiligung vor, die „die Eigentums- und Machtstruktur der Unternehmen umschalten, aber ihre Liquidität nicht beeinträchtigen würde. ...Nach dem Meidner-Vorschlag sollte ein bestimmter Teil der Jahresgewinne von Großunternehmen (die Arbeitsgruppe sprach von 20%) den Arbeitnehmerfonds in Gestalt von neu emittierten Unternehmensaktien zufließen. Damit würden die Gewinne nicht aus dem Unternehmen abwandern, sondern Produktivvermögen bleiben. ...Von individuellen Zertifikaten wurde, wie bei den deutschen Vorschlägen, Abstand genommen, mit der Begründung, diese würden konsumiert werden und somit nicht zu einem realen Wandel der grundlegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse beitragen. Das Fondssystem sollte nur Großunternehmen mit mindestens 50 bis 100 Beschäftigten erfassen, weil Macht und Eigentum bei diesen Unternehmen konzentriert seien“ (10).

Das Modell sah eine Kontrolle der Fonds durch die Gewerkschaften vor. In dem Maße, in dem die Fonds wuchsen, würden sie eine zunehmend zentrale Rolle in der Unternehmenspolitik spielen. „Nach der Einschätzung der Arbeitsgruppe wären die schwedischen Großunternehmen binnen 20 bis 40 Jahren mehrheitlich im Besitz und unter Kontrolle der Arbeitnehmerfonds gewesen. Im Juni 1976 wurde eine überarbeitete Fassung dieses Vorschlags vom LO-Kongress angenommen“ (11).

Der Sommer 1976 stellte den Höhepunkt nicht nur der Debatte um kollektive Vermögensbildung sondern des ganzen schwedischen Modells dar. Im Herbst 1976 verloren die Sozialdemokraten nach 44 Jahren als Regierungspartei die Wahl. Man kann den Meidner Plan als moderaten Mittelweg zwischen systemimmanenter Mitbestimmung einerseits und harter direkter Nationalisierung andererseits verstehen. So erschien es wohl auch Ministerpräsident Olov Palme: „Der Staat wird an solchen Regelungen überhaupt nicht direkt beteiligt sein. Wenn so etwas kommen sollte, werden es die Gewerkschaften und die Unternehmer... miteinander vereinbaren. ...In Schweden hat übrigens kaum noch jemand etwas dagegen, dass die, die in einem Betrieb arbeiten, auch einen Teil davon besitzen“ (12).

Diese letzte Bemerkung war sicher eine Fehleinschätzung. Es kam zu einer Mobilisierung der Arbeitgeber und der politischen Rechten. International gesehen war es mit der Beginn eines Rechtsrucks in der ganzen westlichen Welt. Für Kollektivfonds mit dem Ziel Wirtschaftsdemokratie war es das Aus.

Epilog

In der heutigen globalisierten Wirtschaft wäre die Aufgabe, rein regionale oder nationale Fonds international zu vernetzen. Auch die Kontrolle der Fonds durch Gewerkschaften müsste ergänzt werden durch mehr Beteiligung von Zivilgesellschaftsakteuren. Gerade in Ländern mit geringem gewerkschaftlichen

Organisationsgrad (13). Letztlich ist es eine Frage des Zeitgeistes: die Linke muss den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen strategische Alternativen vorstellen mit dem Ziel, gemeinsam – wie im Nachkriegsschweden - als gesellschaftlich dominante Kraft zu wirken. Hier wäre auch die saarländische Wirtschaftsministerin gefragt. Bei zukünftigen Verlautbarungen wünscht man sich eine Erinnerung daran, worum es aus linker Sicht beim Wirtschaften letztlich immer geht. Der folk-Sänger Woody Guthrie fasst es in einem berühmten Lied zusammen:

**This land is your land, this land is my land,
...this land was made for you and me.**

Literatur:

- (1) „Für mich zählt Verlässlichkeit“, Saarbrücker Zeitung, A7, 15.01.2014.
- (2) Sjöberg, Stefan. Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. (Aus dem Englischen übersetzt von Joachim Wilke). Utopie kreativ, Heft 186, April 2006, S.316. Herausgeber: www.bundesstiftung-rosa-luxemburg.de
- (3) Ibid, S. 311.
- (4) Ibid, S. 314. Siehe auch: Schröer, Thomas. Jungsozialisten zur Mitbestimmung in der Wirtschaft, in: Gansel, Norbert (Hrsg.). Überwindet den Kapitalismus, Rowohlt, 1971, S. 172ff.
- (5) Ibid, S. 315.
- (6) Bengtsson, Hakan A. Nordische Erfahrungen. Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Politik in Schweden. In: Internationale Politikanalyse. Friedrich Ebert Stiftung, November 2008. S. 8.
- (7) Ibid, S. 9.
- (8) Ibid, S. 8. Siehe auch: Rehn-Meidner model, http://en.wikipedia.org/wiki/Rehn-Meidner_model.
- (9) Sjöberg, Stefan...., S. 315.
- (10) Ibid, S. 315, 316. Siehe auch: Blackburn, Robin. Rudolf Meidner, 1914-2005. A visionary pragmatist, in: counterpunch, December 22, 2005. www.counterpunch.org.
- (11) Ibid, S. 316.
- (12) Spiegel Gespräch. Mitbestimmung: Modell aus Schweden, 10.11.1975. www.spiegelonline.de.
- (13) Hyman, Richard. Wirtschaftsdemokratie: Eine erneut aktuelle Idee? (Aus dem Englischen übersetzt von Stefan Beck). Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, März/April 2012

Stephan Peter im Gespräch mit Jan A. Johansson

Stephan: Jan, Du arbeitest beim Europäischen „think tank“ OEIC und warst politischer Berater eines Europaabgeordneten der schwedischen Linkspartei.

Die schwedischen Sozialdemokraten (SAP) hatten 1,2 Millionen Mitglieder vor 1990. Nach 2000 waren es 100.000. Der Gewerkschaftsverband LO ist stark geschrumpft. Ist das auch international beachtete „Schwedische Modell“ tot?

Jan: Die Abschaffung des Kollektivanschlusses der LO an die SAP wog schwer. Und Schweden wurde Dienstleistungsgesellschaft, was der Arbeitergewerkschaft LO zusetzte. Sargnagel für das Modell war die mit der Globalisierung einhergehende neoliberale Geldpolitik, die in eine Deregulierung des schwedischen Finanzmarktes mündete und relativ hohe Arbeitslosenzahlen hervorbrachte. Die SAP gab ihre eigene Tradition einer progressiven Geld- und Steuerpolitik auf.

Stephan: Bei den Wahlen 1998 votierten plötzlich 20 Prozent der LO Mitglieder für die schwedische Linkspartei. Wie positioniert sich die Linkspartei heute im Verhältnis zu SAP und Gewerkschaften?

Jan: Der Dachverband LO ist heute stark zentralisiert. Es gibt wenig Aktivitäten auf lokaler Ebene. LO erinnert manchmal an einen Dienstleister, eine Versicherungsgesellschaft, statt an eine soziale Bewegung. Die meisten LO Führer sind SAP Mitglieder. Trotzdem sind viele Mitglieder der Linkspartei Gewerkschaftsmitglieder. Der gegenwärtige Vorsitzende der Linkspartei ist Mitglied der Metallarbeitergewerkschaft.

Stephan: Was sind die gegenwärtigen Herausforderungen für die Linkspartei? Welche Positionen vertritt sie?

Jan: Das zentrale Anliegen der Partei gilt der Verteidigung des Sozialstaats; den Wohlfahrtsstaat so schützen, dass da keine Profite gemacht werden. Und die SAP an ihr eigenes Vermächtnis erinnern,



Foto: Jan A. Johansson (links vorne) und Stephan Peter (hinten Mitte) beim DSA 2002 in Minneapolis/USA

aus linkssozialistischer Sicht.

Stephan: In Deutschland erscheint eine Aufgabe der Linkspartei, Sozialdemokraten an das zu erinnern, was sie diskutierten als sie die gesellschaftliche Deutungshoheit gewannen - und was sie heute vergessen haben.

Jan: Bei uns in Schweden habe ich diesen Eindruck seit den 1990er Jahren.

Stephan Peter im Gespräch mit Josef Reindl

(Soziologe am Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft (ISO) e. V., Saarbrücken)

Stephan: Stefan Sjöberg (s. oben) schlägt vor, dass die Gewerkschaften kollektive Pensionsfonds aufbauen, also ihren Mitgliedern anbieten, ihr Pensionsvermögen dort anzulegen statt bei privaten Institutionen und Investoren. Dieses Vermögen Millionen Beteiligter könnte in Unternehmen und sogar öffentliche Obligationen reinvestiert werden, eine potentiell große Machtquelle.

Josef: Ich bin skeptisch. Mängel solch' einer Strategie liegen im Renditedenken – die Fonds kaufen Aktien und tragen zur Marktspekulation bei. Man bleibt der Instabilität der Finanzmärkte ausgeliefert, verstärkt sie womöglich noch.

Stephan: Die Strategie des Meidner-Plans erinnert an einen Juso-Slogan der frühen 1970er Jahre, „antikapitalistische Strukturreformen“. Ist so was angesichts einer neoliberal agierenden Europäischen Union derzeit in einem Mitgliedsland noch möglich?

Josef: Das Grundproblem ist doch, die Arbeiterbewegung hat heute kein Projekt mehr. Die Gegenseite, das Kapital, hat ein Projekt: die Entfesselung der Subjektivität. Selbstoptimierung, die betriebswirtschaftliche Erziehung der Beschäftigten ist angesagt. Das rigide Kommando- und Kontrollparadigma von oben wird ersetzt durch das Leistungsparadigma, das die Beschäftigten verinnerlichen sollen. Gesamtgesellschaftlich geht es um die Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

Die kapitalistische Ökonomie wird immer Gegenmodelle produzieren, Utopien werden nicht versiegen. Meist werden sie nur Nischencharakter haben. In der BRD gab es bloß zwei Phasen von mehr Wirtschaftsdemokratie, die den Beschäftigten was brachten. Phasen, in denen die Arbeiterbewegung zwar nicht die Macht, aber wohl die kulturelle Hegemonie hatte. In der unmittelbaren Nachkriegszeit: Stichwort Montanmitbestimmung bis hin zum Ahlener Programm der CDU. Und die Zeit von „mehr Demokratie wagen“ und Humanisierung der Arbeit mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und die Unternehmensmitbestimmung.

Stephan: Und heute – gibt es zumindest Ansätze von „Aktion“ auf Seiten der Arbeiterbewegung?

Josef: Sie macht zwei Dinge. Sie organisiert einen Abwehrkampf gegen die Prekarisierung. Und setzt einen positiven Akzent mit dem Konzept „Gute Arbeit“. Seine Verwirklichung liegt in weiter Ferne, aber der Begriff ist ein Aufruf angesichts der marktfundamentalistischen Zumutungen, der Schädigung der Person und der Seele.

Theoretiker der Wirtschaftsdemokratie wie Fritz Naphtali und andere meinten, der Kapitalismus kann gebogen werden bevor er gebrochen wird. Dabei macht jedes Land sein Ding: die Produktions-, Arbeits-, Gewerkschaftskultur in Deutschland ist anders als in Schweden, Frankreich, Italien... . Unser Weg ist historisch die Mitbestimmung. Jetzt steht sie vor neuen Herausforderungen. Mitbestimmung bezieht sich auf verschiedene Ebenen. Heute sind Konzepte internationaler Vernetzung und mehr direkte Mitarbeiterbeteiligung gefragt.

Herausgeber:

Peter Imandt Gesellschaft / Rosa Luxemburg Stiftung (Gisela Ruge) in Kooperation mit Fraktion die LINKE im Landtag des Saarlandes, Werkstatt Wirtschaftsdemokratie (Dr. Stephan Peter)